



Still lovin' **DIE LINKE.**
Paragraph 218 und
219a abschaffen! **feminism!**



links.solidarisch.feministisch.
FRAUEN*KONFERENZ

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

SAHRA MIROW

Vorwort

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT FRAUEN DIE LINKE BADEN-WÜRTTEMBERG

Einleitung

SABINE SKUBSCH

Wie wollen wir leben?

SAHRA MIROW

Landespolitische Ziele und Projekte für einen linken Feminismus

SAHRA MIROW

Kreative Aktionen

*Equal Pay Day, Frauen*kampftag und Kampagne für gebührenfreie Kitas*

WORKSHOP MIT CLAUDIA WANNERSDORFER

Gesundheit ist keine Ware

WORKSHOP MIT MYRIAM MALDACKER

Lösungsansätze für eine sichere Geburtshilfe

GÖKAY AKBULUT

Unser Feminismus ist #unteilbar antirassistisch

AYNUR KARLIKLI

Samstagsmütter: Auf der Suche nach ihren verschleppten Angehörigen

ALEXANDRIA DRITSCHLER

Queerfeminismus heißt die Geschlechtervielfalt feiern

SABINE SKUBSCH

Konzept für eine verbindende Klassenpolitik: Feminismus für die 99 %

LISA NEHER

Wie können wir DIE LINKE feministischer machen?

SAHRA MIROW

*Podiumsgespräch: Wenn wir streiken, steht die Welt still – Frauen*streik gestern und heute*

FEMINISTISCHES AUTOR*INNENKOLLEKTIV

Mehr Befreiung wagen. DIE LINKE auf die Höhe ihrer Möglichkeiten bringen

LIEBE FRAUEN*,



unter dem Motto „links.solidarisch.feministisch“ haben wir im Februar 2020 zu unserer ersten Landesfrauen*konferenz eingeladen. Wir – die Frauen* der LINKEN in Baden-Württemberg – sind glücklich über diese gelungene Premiere. DIE LINKE ist eine Partei mit feministischem Anspruch, doch diesen Anspruch müssen wir immer wieder laut erheben, um ihn Wirklichkeit werden zu lassen.

Ein Wochenende lang trafen sich Frauen*, um gemeinsam über feministische Perspektiven zu diskutieren, sich zu vernetzen, um gemeinsam zu lernen und natürlich um gemeinsam Politik zu verändern – in und außerhalb der LINKEN in Baden-Württemberg. Mit dieser Konferenz wollen wir in die Gesellschaft einwirken so wie auch in unseren eigenen Landesverband. Wir wollen Partei und Gesellschaft strukturell verändern, um Frauen* und ihre Lebensverhältnisse zum integralen Bestandteil einer feministischen und solidarischen Welt zu machen.

Mit dieser Broschüre vermitteln wir euch Eindrücke aus den vielen spannenden Workshops. Wir diskutierten über Carearbeit, körperliche Selbstbestimmung und politische Aktionen. Dabei stand für uns stets die Frage im Mittelpunkt, wie wir gemeinsam leben, arbeiten und lieben wollen.

Wir danken den Referentinnen*, die aus ganz Deutschland und sogar aus der Schweiz anreisten. Auch den emsigen Helfer*innen aus dem Kreisverband Heilbronn, die uns technisch unterstützten. Ganz besonderer Dank geht an Lisa Neher, die mit der Organisation dieser Konferenz maßgeblich zu diesem tollen Wochenende beigetragen hat. Wir danken allen Teilnehmerinnen*, mit denen wir uns austauschen konnten und hoffen, dass wir uns im nächsten Jahr wiedersehen werden.

SAHRA MIROW

Landessprecherin DIE LINKE. Baden-Württemberg

LIEBE LESER*INNEN,

als wir uns im Februar 2020 zur ersten Frauenkonferenz der LINKEN in Baden-Württemberg trafen, konnte sich keine von uns vorstellen, dass die Corona-Pandemie bereits einen Monat später unser ganzes Leben verändern würde. Schlagartig rückte die Krise die gesellschaftliche Arbeit von Frauen ins öffentliche Bewusstsein.

Die Corona-Pandemie machte offensichtlich, dass es nicht nur für Frauen, sondern für die gesamte Gesellschaft katastrophal ist, dass Sorge- und Pflegearbeit geringgeschätzt werden. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen fehlen Tausende von Fachkräften, weil die Arbeit nicht ausreichend entlohnt wird und die Anforderungen stetig steigen.

Nicht nur als Beschäftigte in den Krankenhäusern und Supermärkten sind Frauen besonders belastet, sie halten oft auch daheim „den Laden zusammen“. Durch Corona schlägt die Sorgekrise nun mit voller Wucht zurück. Wieder sind es die Frauen, die vor allem die unbezahlte Sorgearbeit übernehmen. Diese Broschüre dokumentiert, dass wir Frauen schon lange vor Corona auf die Krise der Sorgearbeit hingewiesen haben.

Mehrere Workshops der Konferenz beschäftigten sich mit der Frage, wie aus einer feministischen Perspektive alle gesellschaftlich notwendigen Arbeiten und damit auch alle Pflege- und Sorgearbeiten organisiert sein sollten. Die Frage, wie wir dazu kommen, dass die Fürsorge für uns und andere in unserer Gesellschaft gerecht verteilt wird und mehr Anerkennung erfährt, wurde aus der Perspektive von im Gesundheitswesen Beschäftigten, von Sorgenehmerinnen, der unbezahlten Sorgearbeit und politischen Interventionen beleuchtet.

Auf der Eröffnungsveranstaltung fragte **SABINE SKUBSCH** vom Landesvorstand DIE LINKE. BW „Wie wollen wir leben?“ und plädierte für eine gemeinsame positive Erzählung über eine feministische Zukunft. Eine feministische Perspektive zeigt die „Vier-in-einem-Perspektive“ der Feministin Frigga Haug, die für eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Zeit für Erwerbsarbeit, für Reproduktionsarbeit sowie für politische Arbeit und persönliche Entwicklung eintritt.

Die Sozialwissenschaftlerin **GABRIELE WINKER** sprach über „Care-Ökonomie als Perspektive gegen soziale und ökologische Zerstörung“. Das Streben nach Profitmaximierung führt zu dem sich in der Carekrise zuspitzenden Widerspruch: Einerseits ist die kapitalistische Wirtschaft auf die Reproduktion der Arbeitskraft angewiesen, diese führt aber zur Beeinträchtigung der quantitativen und qualitativen Verfügbarkeit der Arbeitskräfte.



Die soziale Reproduktionskrise fällt zusammen mit der Krise der ökologischen Reproduktion: Mensch und Natur werden durch hohe Beanspruchung, materielle Unsicherheit, Existenzängste bei gleichzeitig zu hohem Ressourcenverbrauch überfordert. Gabriele Winker kritisierte, dass die Aufwertung der nicht entlohnten Sorgearbeit bisher nicht gelingt. Sie trat für eine „Solidarische Gesellschaft“ ein, die die Aufhebung der Sphärentrennung zwischen Lohnarbeit und unentlohnter Arbeit ermöglicht. Das sei aber nur ohne Renditen und Kosteneinsparung erreichbar.

CLAUDIA WANNERSDORFER vom Bündnis „Krankenhaus statt Fabriken“ schilderte eindrücklich, wie die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens den „Pflegenotstand“ geschaffen hat.

MYRIAM MALDACKER von Mother Hood e.V. kritisierte die sich verschlechternde Situation in der Geburtshilfe aus der Sicht von Müttern und stellte Lösungsansätze für eine sichere Geburtshilfe vor.

DIE LINKE-LANDESPRECHERIN SAHRA MIROW stellte schließlich die Initiative zu einem Volksentscheid für „Gebührenfreie KITAS“ in Baden-Württemberg vor, in der sie maßgeblich mitwirkt.

Mit dem Erstarken rechter und faschistischer Bewegungen haben Anfeindungen gegen Gleichstellung und Feminismus stark zugenommen. Seit 2014 greift eine Allianz rechter Ideologien bei der sogenannten „Demo für alle“ sexuelle Vielfalt und Selbstbestimmung an. Eine aggressive „Anti-Gender-Rhetorik“ paart sich oft mit sexistischen Stigmatisierungen.

Auf den Zusammenhang zwischen Feminismus und Rassismus wies die Mannheimer Bundestagsabgeordnete **GÖKAY AKBULUT** hin. In ihrem Beitrag „Unser Feminismus ist #unteilbar antirassistisch“ beschrieb sie die Rolle von migrantischen Beschäftigten in Arbeitskämpfen seit den 1970er Jahren. Obwohl Menschen mit Migrationshintergrund seit mehr als 60 Jahren das Bild Baden-Württembergs prägen, bleiben sie in der Politik unterrepräsentiert. Für die LINKE ist der Zugang zu den migrantischen Communities weiterhin ein wichtiges Anliegen.

Die Stuttgarterin **AYNUR KARLIKLI** berichtete über den Protest der Samstagmütter in der Türkei. Seit 25 Jahren gehen kurdische und türkische Frauen auf die Straße, um die Aufklärung der Verbrechen an ihren verschwundenen Töchtern und Söhnen zu fordern. Der Klimaprotest hat ein weibliches Gesicht.

In einem Workshop mit **ALANA WILDT** von Fridays for Future Heilbronn wurde über Klimapolitik und weltweite Klimaproteste diskutiert.

ANNE ROTH, netzpolitische Referentin der Linksfraktion, referierte über „Digitale Gewalt gegen Frauen“ und wies darauf hin, dass häusliche Gewalt heute auch eine digitale Seite hat. Die Frauenbewegung hat viel von der queeren Bewegung gelernt und kann noch immer von ihr lernen.

ALEXANDRIA DRITSCHLER, Sprecherin der LAG Queer Baden-Württemberg bot einen Workshop zu Queerfeminismus an. Das Konzept „Geschlecht“ muss kritisch hinterfragt werden, um den Menschen aller Geschlechter zu ermöglichen, sich frei von Gedankengefängnissen zu entfalten. Der Queerfeminismus stellt keine Bedrohung dar

WIE WOLLEN WIR LEBEN?

Viele Frauen hetzen jeden Tag hin und her, um die Erwerbsarbeit und die Familie unter einen Hut zu bringen. Alle Konzepte zur „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ rütteln nicht an der selbstverständlichen Überordnung der Güterproduktion und der Unterordnung der Sorgearbeit. Der gewerblichen Produktion wird die größere Bedeutung zugemessen, weil allein dort Kapital akkumuliert und Reichtum erzeugt wird. Alle reden von der Automobilindustrie. In Baden-Württemberg sind dort einschließlich der Zulieferer 470.000 Menschen tätig. Im Gesundheitswesen arbeiten 760.000 Menschen. Und Millionen Menschen - überwiegend Frauen - verrichten Tag für Tag unbezahlte Sorgearbeit.

Für den Erhalt unseres Lebens ist die „Produktion des Lebens“, die Versorgung von Kindern, Mitmenschen, Alten und Kranken, genauso wichtig wie die Produktion von Lebensmitteln und Konsumgütern.



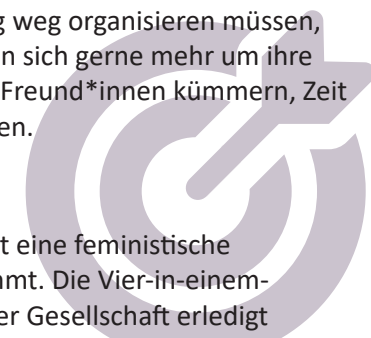
SABINE SKUBSCH

*Lasst uns endlich über das ganze Leben reden.
Entwerfen wir eine gemeinsame positive Erzählung
über eine feministische Zukunft, in der das Leben
nicht dem Takt der Erwerbsarbeit folgt.*

Mütter und auch viele Väter wollen ihre Kinder nicht ständig weg organisieren müssen, um der Erwerbsarbeit zur Verfügung zu stehen. Viele würden sich gerne mehr um ihre Mitmenschen, um pflegebedürftigen Angehörigen oder um Freund*innen kümmern, Zeit für sich haben und Zeit haben, um sich politisch einzumischen.

Das ganze Leben in den Mittelpunkt stellen

Die Philosophin Frigga Haug - auch Mitglied der LINKEN - hat eine feministische Perspektive entwickelt, die das ganze Leben in den Blick nimmt. Die Vier-in-einem-Perspektive unterscheidet vier Tätigkeitsbereiche, die in jeder Gesellschaft erledigt werden müssen: Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, politische Arbeit und persönliche Entwicklung. Frigga Haug plädiert dafür, die Arbeit in diesen Bereichen unter allen Menschen gleich zu verteilen, so dass jeder Zeit für Muße oder eigene Interessen und zur politischen Einmischung hat, aber auch jeder sich an der Sorgearbeit beteiligt. Im Idealfall



für jene, die sich nicht dem queeren Spektrum zuordnen, sondern umarmt die Vielfalt als solche und die Chancen, die damit einhergehen.

Baden-Württemberg ist in frauenpolitischen Belangen in vielerlei Hinsicht das traurige Schlusslicht in Deutschland: mit 27 % ist die Lohnlücke am größten, die Frauenrenten sind niedrig, das Procedere zur Zusammensetzung des Landtags ist eines der reaktionärsten, Frauen und Queers werden darin benachteiligt. In mehreren Workshops stellte die Heidelberger Stadträtin und Landessprecherin DER LINKEN, **SAHRA MIROW** die „Landespolitischen Ziel und Projekte für einen linken Feminismus“ dagegen. In den Workshops wurde über Konzepte, in denen Arbeit, Wohnen und Mobilität zu unserem Leben passt, diskutiert und Aktionsvorschläge erarbeitet.

Schließlich fragte die Landesfrauenbeauftragte **LISA NEHER** „Wie können wir DIE LINKE feministischer machen?“. Dass DIE LINKE von vielen Frauen gewählt wird, spiegelt sich nach wie vor nicht in der Zusammensetzung der Mitglieder wieder. Es wurde die Frage diskutiert, was sich ändern muss, um DIE LINKE für Frauen attraktiver zu machen. Einigkeit bestand darin, dass wir keine Anpassung von Frauen an die bestehenden Strukturen wünschen, sondern eine Veränderung der Strukturen, die sich durch größere Offenheit und Partizipationsmöglichkeiten auszeichnen sollten.

SABINE SKUBSCH stellte in ihrem Workshop über „Verbindende feministische Klassenpolitik“ das Manifest des Feminismus für die 99 % US-amerikanischer Feministinnen vor. Wir haben uns sehr gefreut auf unserer Frauenkonferenz zahlreiche Gäste begrüßen zu dürfen.

Grußworte sprachen u.a. **KATHARINA KAUPP** von ver.di, **ALANA WILDT** von Fridays for Future und **CORINNA SCHNEIDER** vom Landesfrauenrat Baden-Württemberg.



Zu den Höhepunkten der Frauen*konferenz zählte eine Podiumsdiskussion über die Frauenstreikbewegung der letzten Jahre. **KERSTIN WOLTER**, **SYBILLE STAMM**, **FRANZISKA STIER** und **LISA NEHER** sprachen mit **SAHRA MIROW** und den Teilnehmerinnen* der Konferenz über den Frauenstreik von 1994 und die aktuelle Frauenstreikbewegung in der Schweiz und Deutschland.

Zwei Wochen nach unserer Frauenkonferenz führte DIE LINKE eine Strategiekonferenz in Kassel durch. Einige Hundert Menschen diskutierten, wie wir in der Welt der Umbrüche und Krisen als Linke strategisch erfolgreich eingreifen können. Im Vorfeld dieser Strategiedebatte wurden die Fäden einer feministischen Vernetzung innerhalb der LINKEN wieder aufgenommen. Ein „Feministisches Autor*innenkollektiv“ verfasste den Beitrag „Mehr Befreiung wagen. DIE LINKE auf die Höhe ihrer Möglichkeiten bringen“, den wir am Schluss dieser Broschüre dokumentieren.

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT FRAUEN

DIE LINKE. Baden-Württemberg, *Sabine Skubsch*

verbringt jeder 4 Stunden mit Erwerbsarbeit, 4 Stunden mit Sorgearbeit und hat je 4 Stunden Zeit für sich selbst und zur politischen Teilhabe.

Wenn wir die Sorgearbeit auf alle Menschen gerecht verteilen und uns nicht unter ständigem Zeitdruck um unsere Kinder, Kranken und Senior*innen kümmern wollen, muss die Zeit, die wir bei der Erwerbsarbeit für die Güterproduktion aufwenden, radikal verkürzt werden. Die Produktivität hat in den letzten 200 Jahren in einem Maße zugenommen, von der Karl Marx noch nicht mal zu träumen wagte. Es wird Zeit, dem Kapital die gewonnene Zeit abzutrotzen. Die Diskussion in Gewerkschaften und in der LINKEN um eine neues „Normalarbeitsverhältnis“ von 20 bis 30 Stunden weist in die richtige Richtung.

DIE LINKE hat in den letzten Jahren eine erfolgreiche Kampagne zu Pflege, gegen Krankenhausschließungen und für ein gemeinwohlorientiertes und bedarfsgerechtes Gesundheitswesen geführt. Diese Pflegekampagne muss auch die mehrheitlich weiblichen Pflegenden und die pflegebedürftigen Menschen miteinbeziehen. Wir müssen die unbezahlte Sorgearbeit zum Thema machen und überall in der LINKEN die Diskussion um geschlechtergerechte Verteilung dieser Arbeit einfordern.

Feminismus ist mehr als Gleichstellungspolitik und Frauenförderung

Wer von Frauenförderung redet, sieht bei den Frauen Defizite. Das Problem ist nicht, dass Frauen in einer männlich konnotierten Welt nicht genauso funktionieren wie Männer. Der Weg zu einem selbstbestimmten Wesen muss nicht zwangsläufig über die Anpassung an eine vorwiegend patriarchal geprägte Kultur laufen. Wir haben eine inklusive Vorstellung von einer solidarischen Gesellschaft. Alle müssen sich verändern. Frauen müssen aufhören, sich unterzuordnen und anzupassen, und sich genauso wie Männer hinterfragen, inwieweit sie von den herrschenden Verhältnissen profitieren. Männer müssen aufhören, ihre Welt als das allgemein Menschliche zu konstruieren.



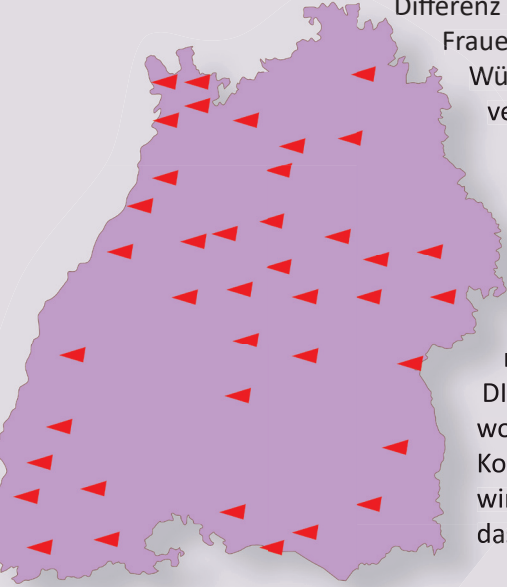
Ein linker Feminismus beschränkt sich auch nicht auf den Abbau der Hemmnisse für talentierte Frauen, damit sie in verantwortungsvolle Positionen kommen. Natürlich ist es wichtig, dass überall Frauen mitentscheiden. Aber wir als linke Partei, der soziale Gerechtigkeit am Herzen liegt, wollen alle Frauen mitnehmen, die Frauen in den Supermärkten, in den Krankenhäusern und diejenigen, die abends die Büros putzen.

Die Unternehmer können ohne uns Frauen keine Profite machen. Sie brauchen uns als Arbeitskräfte. Und sie brauchen uns für die die unbezahlte Sorgearbeit, damit eine gut ausgebildete nächste Generation herangezogen wird. Die Welt funktioniert nicht ohne uns Frauen. Wie können wir das als Hebel einsetzen, um die Forderung nach weniger Erwerbsarbeit und gleichmäßiger Verteilung der Sorgearbeit durchzusetzen? Lasst uns mit Selbstbewusstsein, unsere Vorstellungen entwickeln, wie wir unser Leben organisieren wollen. Wie wollen wir mit Freund*innen und Familie leben? Wie wollen wir arbeiten? Wie stellen wir uns Familienplanung, Geburt, Kindererziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Unterstützung für Senior*innen vor?



LANDESPOLITISCHE ZIELE UND PROJEKTE FÜR EINEN LINKEN FEMINISMUS

In frauenpolitischen Belangen ist Baden-Württemberg das traurige Schlusslicht in Deutschland; und das in vielerlei Hinsicht. Nirgends sonst ist die Lohnlücke, also die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Verdienst von Frauen und Männern, so groß wie in Baden-Württemberg, nämlich satte 27 %. Wenig verwunderlich ist daher auch, dass die Durchschnittsrente von Frauen in keinem anderen Bundesland geringer ist. Ob im Landtag, in den Kommunalparlamenten oder in Führungspositionen – nirgends sonst sind Frauen so schlecht repräsentiert wie hier. Die letzten Wahlen haben dies nur geringfügig verbessert. Zumindest zieht DIE LINKE den Frauenanteil etwas an, denn wo der durchschnittliche Frauenanteil in Kommunalparlamenten knapp 27% beträgt, weisen wir zumindest rund 40% auf. Dennoch ist uns klar, dass das nicht reichen kann.



*Frauen*politik war in Baden-Württemberg noch nie einfach. In kaum einem anderen Bundesland musste die Gleichstellung und Partizipation von Frauen* so mühsam erkämpft werden wie hier. Wie also bringen wir unsere Projekte voran und was sind unsere Hauptangriffspunkte in der Landespolitik?*

Nach einer spannenden Diskussionen rund um die wichtigsten Felder der feministischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung haben wir uns mittels einem Punkte-“Ranking“ die zentralen Felder herausgesucht. Die Themen bewegten sich dabei rund um die gleichberechtigte Teilhabe an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen

Arbeit, die zu unserem Leben passt und nicht umgekehrt. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss wieder entprivatisiert werden, so dass Bildung, Gesundheit und Verkehr allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Außerdem haben wir das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben ohne Gewalt, und das in allen Lebensbereichen.

Bei der anschließenden gemeinsamen Bewertung zeichneten sich drei Themen ab: bedürfnisangepasste Arbeit, der Bereich Wohnen und die Einführung eines Parité-Gesetzes, das alle politischen Mandate zur Hälfte mit Frauen besetzt. Diese Forderung erhielt die meisten Punkte. Weiter ging es mit der Frage, wie wir diese drei Themen nun landespolitisch aufarbeiten wollen und welche konkreten Aktionen es dazu braucht. Für uns stand dabei die Frage im Mittelpunkt, wie wir als Frauen* leben wollen in Baden-Württemberg.

Wichtig war uns in der Diskussion, die verschiedenen Bereiche des Lebens ganzheitlich zu betrachten. Denn eine Arbeit, die zu unserem Leben passt, Wohnen und Mobilität – diese Aspekte sind eng miteinander verknüpft und können nicht isoliert voneinander angegangen werden. Schließlich werden Frauen* deutlich schlechter bezahlt, während sie den überwiegenden Anteil der Haus-, Sorge- und Pflegearbeit zusätzlich übernehmen. Viele Frauen* und gerade Alleinerziehende können sich die immer teureren Mieten in den Städten nicht mehr leisten und werden zum Einpendeln gezwungen. Der zunehmende Pendelverkehr in den Großstädten hat also nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Dimension. Teure Mieten und niedrige Gehälter sind direkt mit der Notwendigkeit zur Mobilität verknüpft und betreffen Frauen* stärker als Männer. Für uns war deswegen ein wichtiger Ansatzpunkt zu sagen: Wir lassen uns nicht verdrängen! Stattdessen wollen wir Betriebswohnungen und Werksbusse diskutieren - all das gab es ja schon einmal.

Wir waren uns zudem einig, dass sich dringend etwas am Landtagswahlgesetz ändern muss. Andere Bundesländer wie Thüringen und Berlin machen es vor und diskutieren derzeit ein Parité-Gesetz für quotierte Landeslisten, Brandenburg hat es bereits eingeführt. Wir haben uns verschiedene Aktionsformen wie eine Frauen*demo vor dem Landtag, eine quotierte Menschenkette und eine kleine Demo mit Figurinen vom Hauptbahnhof bis zum Landtag überlegt. Diese und andere Ideen soll künftig eine Arbeitsgruppe in der LAG Frauen weiter bearbeiten mit dem Ziel, ein Bündnis „Der Landtag ist weiblich“ zu gründen.



SAHRA MIROW

KREATIVE AKTIONEN

Equal Pay Day, Frauen*kampftag und Kampagne für gebührenfreie Kitas

Dieser Workshop drehte sich rund um das Thema kreative politische Aktionen. Klar, Infostände und Flyerverteilen sind Grundpfeiler der politischen Aktion im öffentlichen Raum, aber wie *peppen* wir das auf und werden bunt, laut und sichtbar? Die Pflegekampagne der letzten Jahre hat neue Impulse gegeben, beispielsweise mit dem *Pflege-Theater*.

Dabei wurde die Konkurrenz um Krankenhausbetten und die enormen Strapazen, die unser profitorientiertes Gesundheitssystem von Pfleger*innen wie von Patient*innen abverlangt, mit einem Straßentheater dargestellt.

Daran anknüpfend überlegten wir uns mögliche Aufwertungen für unsere Infostände, zum Beispiel durch Bodenzeitungen, Figuren, Sprühkreide und Installationen aus Karton. Wir können das bei unserer Kampagne für gebührenfreie Kitas einsetzen, die wir gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Parteien führen. Mit Zeitungen und Würfeln könnte man gut unsere Forderungen transportieren – und das auch noch *gefällig* für das Auge. Eine Wäscheleine mit Forderungen schafft Aufmerksamkeit am Frauen*kampftag am 8. März und ein interaktives Plakat zu „Meine(r) Heldin“ zeigt Stärke und Mut. Rosa Luxemburg-Figurinen könnten Interessierten den Weg zu unseren Infoständen weisen.

Was vor allem gut lief an der Pflegekampagne der Bundespartei war u.a. die Bereitstellung von Komplettpaketen. Soweit uns das finanziell möglich ist, wollen wir daher als LAG Frauen schauen, dass wir bei neuen Aktionen auch möglichst „rundum sorglos“ Pakete erstellen mit Anleitungen und Materialien. Besonders ideenreich wurde es dann aber beim Equal Pay Day am 17. März. In Baden-Württemberg wäre der Tag zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern allerdings an einem anderen Termin, da hier die Lohnlücke mit 27% deutlich größer ist als im Bund mit 21%. Wir einigten uns auf ein Verteilmaterial, dass diese Differenz deutlich macht. Visuelle Elemente wurden auch besprochen, beispielsweise ein Lohn-Treppchen oder eine „kleinere Brötchen Backen“-Aktion.



Insgesamt haben wir viele tolle Ideen und Impulse für unsere künftige politische Arbeit aufgenommen und freuen uns nun darauf, diese auch bald ausprobieren zu können!

Workshop mit Claudia Wannersdorfer

GESUNDHEIT IST KEINE WARE

Seit Einführung der Fallpauschalen in den Krankenhäusern klebt quasi ein Preisschild an jeder/m Patient*in.

Die Referentin des Workshops Claudia Wannersdorfer ist Betriebsrätin im Städtischen Klinikum in Karlsruhe. Sie gründete die Karlsruher Gruppe „Krankenhaus statt Fabriken“. Es geht ihr um „ein anderes Gesundheitssystem, denn wir gehen davon aus, dass wir alle einmal auf gute Pflege und Versorgung angewiesen sind, dass es uns alle etwas angeht und deshalb in unserem eigenen Interesse ist, wenn wir die derzeit vorherrschenden krankmachenden Zustände in den Krankenhäusern und Altenheimen verändern.“

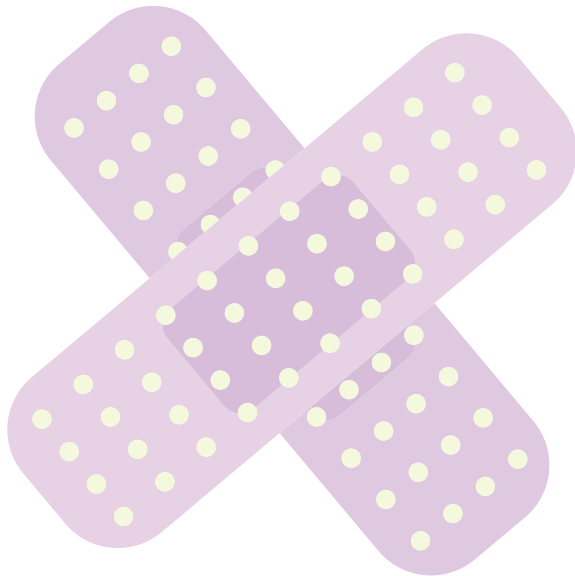
Im Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“ haben sich Beschäftigte aus dem Gesundheitsbereich, Interessierte und Betroffene zusammengeschlossen. Das bundesweite Netzwerk wendet sich gegen die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens in Deutschland und daher insbesondere gegen das System der Krankenhausfinanzierung durch DRGs (*Diagnosis Related Groups*). Seit über zehn Jahren gilt für deutsche Krankenhäuser das Abrechnungssystem der Fallpauschalen. Schon bei Einführung dieses Systems warnten viele Beteiligte des Gesundheitswesens vor dramatischen Fehlentwicklungen in den Krankenhäusern. Zehn Jahre später wissen wir: Die Warnungen waren berechtigt. In den Krankenhäusern herrschen Personalnot, Über-, Unter- und Fehlversorgung. Bei den Entscheidungen über Behandlungen und Dauer des Krankenhausaufenthaltes wird nicht allein nach medizinischen Kriterien entschieden, sondern immer deutlicher danach, was sich gewinnbringend abrechnen lässt. Immer mehr Krankenhäuser werden privatisiert. „Es klebt quasi ein Preisschild an jeder/m Patient*in.“



Nicht das, was medizinisch notwendig ist, wird den Krankenhäusern bezahlt, sondern das, was entsprechend den Fallpauschalen dotiert ist. Es geht immer darum, mit möglichst wenig Personal möglichst viel Geld zu verdienen“, sagt Claudia Wannersdorfer.

Sie berichtet, wie die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einen Teufelskreislauf in Gang setzte. Viele Beschäftigte sind aus der Pflege ganz oder in die Teilzeit geflohen. Ca. 400.000 Menschen sind in den letzten Jahren aus dem Pflegeberuf ausgestiegen, 17.000 Stellen für Krankenschwestern/Pfleger bleiben unbesetzt. Deswegen mussten ganze Bereiche geschlossen oder Fachbereiche von der Notfallversorgung abgemeldet werden. In der Folge dieses von der Politik gemachten „Pflegetnotstands“ nimmt die Belastung für die Beschäftigten ständig zu. „Ich arbeite selbst im Krankenhaus, bekomme also die Misere täglich mit“, sagt die gelernte Krankenschwester. „Es gibt ein großes Engagement der Kolleg*innen, die Überstunden machen, aus dem Frei einspringen, in ihrer regulären Arbeitszeit viel zu viele Patient*innen versorgen. Problematisch ist, dass die Arbeitgeber sich auf dieses Berufsethos verlassen und das Engagement der Kolleg*innen ausnutzen. Wir treten ein für die bedarfsgerechte Finanzierung von Krankenhäusern und ihres Personals. Nicht die Gewinnmargen sollen ausschlaggebend dafür sein, ob und wie wir behandelt werden, sondern allein der medizinische Bedarf!

Unser Ziel: Krankenhäuser sollen Einrichtungen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge sein, keine Wirtschaftsunternehmen. Krankenhausplanung und -finanzierung sind öffentliche Aufgaben, die politischer Planung und Steuerung bedürfen. Wir brauchen eine Bedarfsplanung der Krankenhausversorgung, in die alle Akteure des Gesundheitswesens einbezogen werden. Dies ist nicht im Rahmen des DRG-Systems zu erreichen.“



Workshop mit Myriam Maldacker

LÖSUNGSANSÄTZE FÜR EINE SICHERE GEBURTSHILFE

Die Referentin des Workshops, Myriam Maldacker, macht sich gemeinsam mit Mother Hood e.V. für eine sichere Geburtshilfe stark. Sie sitzt mit am Runden Tisch Geburtshilfe in BaWü.

Jede Frau, jede Familie, hat ein Recht auf eine gut betreute Schwangerschaft, Geburt und Wochenbettzeit. Doch die Situation in der Geburtshilfe verschlechtert sich zunehmend. Zahlreiche geburtshilfliche Angebote wurden in den vergangenen Jahren geschlossen. Frauen erleben die Geburt in überfüllten Kreißsälen mit viel zu wenigen Hebammen. Medizinisch nicht notwendige Routineeingriffe, häufig als Gewalt empfunden, gehören zum Klinikalltag. Familien finden nur mit Mühe eine Hebamme für die Betreuung während der Schwangerschaft und im Wochenbett.

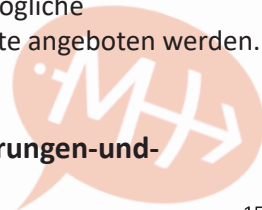


Aus dem **10-Punkte-Plan für eine sichere Geburtshilfe von Mother Hood:**

- Natürliche Geburten müssen bedarfsgerecht vergütet werden. Das gilt sowohl für Kliniken als auch für die freiberuflichen Hebammen und Belegärzte.
- Bessere Personalschlüssel in den Kreißsälen mit einer kontinuierlichen 1:1-Betreuung und einer dauerhaft anwesende (Bezugs-)Hebamme
- Wohnortnahe Versorgung gewährleisten
- Erfassung von Geburtsschäden und Müttersterblichkeit
- Investition in Forschung für eine evidenzbasierte Geburtshilfe im Sinne der Sicherheit für Mutter und Kind. Die Kaiserschnittquote muss gesenkt und interventionsarme Geburten gefördert werden.
- Kinder- und Frauenrechte stärken: Die Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention zum „Gewaltschutz an Frauen“ müssen auch in der Geburtshilfe umgesetzt werden.

(Zukünftigen) Eltern muss eine gute und evidenzbasierte Aufklärung über die physiologischen Vorgänge rund um Schwangerschaft und Geburt, mögliche Interventionen mit deren Folgen sowie über ihre Patient*innenrechte angeboten werden.

<https://www.mother-hood.de/sichere-geburt/unsere-forderungen-und-loesungsansaeetze/was-die-politik-tun-muss.html>



Gökay Akbulut

UNSER FEMINISMUS IST #UNTEILBAR ANTIRASSISTISCH



GÖKAY AKBULUT

Die Geschichte der Frauenbewegung reicht weit zurück. Seit hunderten von Jahren streiten Frauen auf der ganzen Welt für ihre Rechte u.a. um körperliche Selbstbestimmung, um Zugang zu Bildung und Arbeit und für ein Recht auf Mutterschutz und Abtreibung. Diese Kämpfe sind heute und damals oft noch die Gleichen. Auch heute sind Frauen von Armut, prekärer Arbeit und sexualisierter Gewalt betroffen. Die Fragen der Sorge- und Erziehungsarbeit sind weiterhin ungelöst und die Repräsentation von Frauen in der Politik, Wirtschaft und Führungspositionen ist schwach. Die Errungenschaften der Frauenbewegungen in Deutschland und Europa werden durch den Aufstieg der rechtspopulistischen Parteien in Frage gestellt. Mit dem

Erstarken des Rechtspopulismus nehmen die

Angriffe auf Frauenrechte weltweit zu und traditionelle Rollenbilder gelangen wieder stärker in den Fokus.

Wie kann also heute ein Feminismus aussehen, der antirassistisch ist? Im Oktober 2018 gingen in Berlin und anderen Städte hunderttausende Menschen mit der Forderung: „Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung“ auf die Straße, um ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Feministische und antirassistische Kämpfe sind historisch mit einander verflochten, daher der Titel des Workshops „Unser Feminismus ist antirassistisch, unteilbar.“

Warum war Feminismus eigentlich auch stets antirassistisch und was haben die wilden Streiks der 1970er damit zu tun? Diese und andere Fragen haben wir bei meinem

Workshop gemeinsam diskutiert und Perspektiven herausgearbeitet. Wir sind

uns einig, dass Feminismus auch eine migrantische Klassenpolitik umfassen muss, um patriarchale Strukturen und soziale Ungleichheiten endgültig überwinden zu können.

Die wilden Streiks in Deutschland in den 1970er zeigen es. Beim Streik der Arbeiterinnen beim Autozulieferer Pierburg 1973 waren es überwiegend migrantische und feministische Frauen, die diesen führten. Als Resultat wurde endlich die überaus diskriminierende Leichtlohngruppe abgeschafft, die eigens für Frauen gebildet und mit 4,70 DM pro Stunde sehr schlecht bezahlt wurde. Beim wilden Streik bei Ford im gleichen Jahr waren türkische Arbeiter*innen die treibende Kraft. Anlass für die Streiks war die geplante Kündigung von 300 türkischstämmigen Beschäftigten. Dieser Streik sollte auch der erste größere Streik von Migrant*innen in Deutschland werden.

Auch nach vielen Streiks und Kämpfen um gleiche Rechte war der Aufstieg für Migrant*innen in Deutschland sehr schwer. Nach wie vor werden sie in allen Lebensbereichen diskriminiert und sind deutlich öfter von Armut und Niedriglöhnen betroffen als deutsche Arbeiter*innen. Etwa 35 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben keine abgeschlossene Ausbildung. Bildungserfolg hängt nach wie vor vom sozio-ökonomischen Status der Familie ab. Institutioneller und struktureller Rassismus verschärft die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft.

Doch die Kämpfe um Teilhabe und gute Arbeitsbedingen gehen weiter: 2018 streikten migrantische und alteingesessene Beschäftigte gemeinsam für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze bei H&M und konnten nach acht Monaten Widerstand eine Transfergesellschaft erstreiten. Innerhalb der Gewerkschaften haben sich der Organisationsgrad und die Beteiligung an Arbeitskämpfen von Migrant*innen in den letzten Jahre erhöht.

Klassenpolitik muss verbindend sein und die Menschen zusammenbringen. Nicht anders sieht es mit verbindenden feministischen Kämpfen aus. Sehen wir uns den Bundestag in Deutschland an, dann finden wir nicht nur deutlich weniger Frauen, nämlich 30%, sondern auch noch weniger Migrant*innen, nämlich gerade einmal 8%. Die Lebenswirklichkeit spiegelt das nicht wider. Gleichzeitig wird Rassismus, insbesondere gegen Muslime, geschürt. Am Beispiel der Hijab wird das besonders deutlich. Kaum etwas entzündet den rassistischen Anti-Feminismus der Rechten mehr. Doch auch in muslimischen Ländern gibt es eine feministische Bewegung und genau hier müssen wir ansetzen. Denn unsere Klassenpolitik und unser Feminismus stellen sich klar gegen jede

Form von Diskriminierung und Ausgrenzung. Unser Feminismus kämpft gemeinsam mit migrantischen Frauen für gleiche Rechte und bildet somit Brücken.

Wir streiten gemeinsam für eine Gesellschaft, die alle Menschen einschließt – unabhängig vom Geschlecht, von religiösen Einstellungen oder von der sexuellen Orientierung, ob mit oder ohne Migrationshintergrund oder ob mit oder ohne Behinderung.

Die Menschen in diesem Land sind bunt, kulturell-divers, warum also sind es die Strukturen nicht?

Unser Feminismus ist auch antikapitalistisch, denn wir wissen, eine solche inklusive Gesellschaft kann keine kapitalistische sein.

Fragen zum Umgang Thema Migration und LINKE Baden-Württemberg

Die Teilnehmerinnen des Workshops kamen aus verschiedenen Berufsgruppen und hatten unterschiedliche Zugänge zum Thema Migration. Sie berichteten über ihre Erfahrungen mit Migrant*innen und Geflüchteten. Für DIE LINKE ist der Zugang zu den migrantischen Communities weiterhin ein wichtiges Anliegen. Sowohl medial als auch politisch werden oftmals Migrant*innen, Hartz IV Empfänger*innen, Obdachlose gegeneinander ausgespielt. Wir müssen gemeinsam für gleiche Rechte und gute Lebensbedingungen für alle eintreten und Strategien gegen die AfD entwickeln. Es wurden verschiedene Vorschläge im Umgang gegen die AfD diskutiert.

Der Kontakt und Dialog mit migrantischen Selbst- und Flüchtlingsorganisationen ist erforderlich. Um Zugang zu den jeweiligen Communities herzustellen, müssen ihre Anliegen und Probleme thematisiert werden. Hierfür wollen wir mehrsprachiges Material erstellen und unsere Präsenz in den migrantischen Communities stärken.



Aynur Karlikli

SAMSTAGSMÜTTER: AUF DER SUCHE NACH IHREN VERSCHLEPPTEN ANGEHÖRIGEN

Seit 25 Jahren demonstrieren türkische Mütter in Istanbul, um auf das Schicksal ihrer verschleppten Kinder aufmerksam zu machen. Die am längsten andauernde Aktion zivilen Ungehorsams in der Türkei begann am 27. Mai 1995 mit der Sitzaktion der Familie des durch Folter ermordeten Lehrers Hasan Ocak auf dem Galatasaray-Platz.

In den 1980er und 1990er Jahren verschwanden in der Türkei vor allem in den kurdischen Gebieten Tausende von Menschen. Die Samstagsmütter wollen das, was ihren Kindern angetan wurde, im kollektiven Gedächtnis lebendig halten. Sie fordern die Aufklärung dieser Verbrechen und die Bestrafung der Täter. Sie wollen wissen, was dem Opfer widerfahren ist, und sie wollen ihre Angehörigen zurück – tot oder lebendig.



Immer wieder löst die türkische Polizei diese friedlichen Demonstrationen auf und begegnet den Demonstrantinnen mit Gewalt. Aber trotz der großen staatlichen Unterdrückung schrecken die Frauen seit über 700 Wochen nicht davor zurück, an ihre Kinder zu erinnern und Gerechtigkeit zu fordern.

Der Protest der Samstagsmütter von Istanbul wurde von vielen kurdischen Frauen

aufgegriffen. In den kurdischen Städten Diyarbakir, Batman und Sirnak finden wöchentlich Mahnwachen statt. Auch in deutschen und europäischen Städten gab es Solidaritätsaktionen.

In dem Workshop bestand Einigkeit, dass die jahrzehntelange Ausdauer, Hartnäckigkeit und Unbeirrbarkeit der Samstagsmütter für uns ein großes Beispiel sind.



Alexandria Dritschler

QUEERFEMINISMUS HEIßT DIE GESCHLECHTERVIELFALT FEIERN

Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel. Auch vor unserer Sichtweise auf die Geschlechter macht dieser Wandel nicht halt. Im immer weiter fortschreitenden feministischen Kampf wird daher auch immer klarer, dass ein Umdenken über das Konzept „Geschlecht“ als solches nötig ist. Der Queerfeminismus beschäftigt sich daher nicht nur damit, sich von der systematischen geschlechtsbasierenden Unterdrückung zu lösen, sondern auch gänzlich unsere Sichtweise des Geschlechterkonstruktes kritisch zu hinterfragen.

Begrifflichkeiten wie Queer, Gender, Cis* oder Trans* gehören heute zum alltäglichen Sprachschatz der Queerfeminist*innen. Doch bei so mancher Vokabel kann es durchaus zu

Verständnisschwierigkeiten kommen. Daher baute mein Vortrag auf einer gemeinsamen Klärung dieser Konzepte auf. Was bedeutet es zum Beispiel für eine*n selbst „weiblich“ oder „männlich“ zu sein? Was sind die grundlegenden Aspekte, die für uns Geschlecht bzw. Gender definieren? Und wie entstehen in unserer Gesellschaft überhaupt Vorstellungen über typische Geschlechterrollen?

Im Queerfeminismus wird das Geschlecht als solches als Konstrukt einer Gesellschaft gesehen und als Gender bezeichnet, gelöst von der biologischen Geschlechtskomponente. Durch sogenannte „Performative Akte“ werden Aspekte zu einem Gender hinzugefügt. Aussagen wie „Röcke sind für Frauen da“ oder „Männer weinen nicht“ führen zu einem Gesellschaftsbild, das wir zu erfüllen versuchen. Somit lohnt es sich bei allem, was wir für „typisch Mann“ oder „typisch Frau“ halten, zu hinterfragen, wodurch unsere Sichtweise gezeichnet wurde und inwiefern der biologische Körper in diesen Denk-Konstrukten überhaupt noch eine Rolle spielt.

Das aktive Bewusstmachen dieser Konstrukte ermöglicht es uns, sie zu hinterfragen und aufzulösen. Dieser „Dekonstruktivismus“ bildet den Kern des Queerfeminismus. Dadurch wird geschlechtsbasierender Unterdrückung der Boden entzogen und es erlaubt jedem Individuum, sich frei von Geschlechtergrenzen zu entfalten. Sobald wir aufhören, etwas als geschlechtstypisch anzusehen, wird es auch dazu führen, dass wir diesen Aspekt nicht mehr mit einem Geschlecht assoziieren.

Kombiniert man diese Denkweise mit feministischen Positionen, gelangt man zu einem

Queerfeminismus, der weit mehr ist als nur ein „Feminismus für queere Personen“.

Es geht um so viel mehr, als Trans*personen zu ermöglichen, von einem einengenden Geschlechterkonzept zum anderen zu gelangen. Auch Personen, die sich nicht als „queer“ definieren würden, gelangen somit in den Fokus des Queerfeminismus.

Im Workshop diskutierten wir die verschiedensten Aspekte des Queerfeminismus. Wenn sich zum Beispiel weibliche Personen ermutigt sehen, sich in ihrem Redeverhalten nicht zurückzuhalten, um den Männern den Vortritt zu lassen, erreichen wir eine Diskussionskultur, in der alle Sichtweisen vertreten werden. Auch eine kritische Sichtweise auf „typische Frauenberufe“ kann dazu führen, dass eine bessere Geschlechterverteilung in der Arbeitswelt erlangt und der „Gender Pay Gap“ reduziert wird.

Nicht die „Gleichschaltung“ ist das Ziel, sondern es Menschen aller Geschlechter zu ermöglichen, sich frei von Gedankengefängnissen zu entfalten.

Dass feministische Ziele auch gegensätzlich sein können, ist zwar verwirrend, aber es sind diese Widersprüche, die uns zu Lösungen bringen können. So werden z.B. auf der einen Seite Unisextoiletten und auf der anderen Seite Frauenfitnessstudios gefordert. Es muss uns klar sein, dass der Weg zu einer Welt frei von Geschlechterkonstrukten sehr langwierig sein wird. Daher sind Instrumente wie z.B. eine Frauenquote nach wie vor nötig. Aus queerfeministischer Sicht muss diese Quote aber inklusiv gestaltet werden, um Personen, die sich schon heute nicht binär definieren wollen, nicht auszugrenzen.

Trans*personen wird immer wieder vorgeworfen, existierende Geschlechterklischees durch ihre Eigendefinition zu stützen. Hierbei ist es auch wichtig zu erkennen, dass eine solche Definition erst durch das gesellschaftliche Auferlegen des Geschlechterkonstrukts nötig wird. Hier können durchaus Parallelen zum Klassenkampf gezogen werden, in dem erst die Identifikation mit der eigenen Klasse nötig ist, um aus dieser heraus für eine klassenlosen Gesellschaft zu kämpfen.

So gesehen bietet der Queerfeminismus die Chance einer konsequenten Weiterführung feministischer Kämpfe. Er stellt daher keine Bedrohung dar für jene, die sich nicht dem queeren Spektrum zuordnen, sondern umarmt die Vielfalt als solche und die Chancen, die damit einhergehen.



KONZEPT FÜR EINE VERBINDENDE KLASSENPOLITIK: FEMINISMUS FÜR DIE 99 %

In den USA wird die Auseinandersetzung um die Ausrichtung des Feminismus ungleich heftiger geführt als in Deutschland. Immer wieder wird der Vorwurf erhoben, die Linke habe zu sehr auf Identitäts- und Frauenpolitik gesetzt und es dadurch ermöglicht, dass die Rechten die vernachlässigte soziale Frage besetzen konnten. Durch die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten bekam diese Auseinandersetzung neuen Auftrieb. Warum war eine auf Frauenrechte und Identitätspolitik setzende Frau wie Hillary Clinton für die Mehrheit der Frauen unwählbar? Diese Frage wurde zum „Weckruf“ für das Manifest „Feminismus für die 99 %“ der prominenten marxistischen Feministinnen Nancy Fraser, Cinzia Arruzza und Tithi Bhattacharya.



Liberaler Feminismus setzt auf den Aufstieg talentierter Frauen

Das Manifest setzt am unteren Ende der Reichtumsskala an. Die Grenzziehung verläuft zwischen den unteren 99 % und dem obersten Prozent. Dazu muss man wissen, dass sich in den USA anders als hier mächtige Frauen aus Politik und Konzernzentralen wie Hillary Clinton oder Ivana Trump als Feministinnen bezeichnen. 2018 veröffentlichte die Facebookmanagerin Sheryl Sandberg ein Buch („Lean in“), in dem sie die Frauen auffordert, sich in den Vorstandsetagen durchzusetzen. Der „durch Zähigkeit errungene geschäftliche Erfolg“ sei „der Königsweg zu Geschlechtergleichheit“.

Gegen diese Gleichheitsvorstellung richten sich die Autorinnen. Dieser Feminismus setze nur auf den Aufstieg der von Hause aus gut ausgestatteten talentierten Frauen und propagiere eine auf Chancengleichheit beruhende Herrschaft, „einer Herrschaft, die ... im Namen des Feminismus aufruft, sich dankbar dafür zu zeigen, dass eine Frau und kein Mann die Gewerkschaft zerschlägt, einer Drohne den Befehl erteilt, die Vater oder die Mutter zu töten, oder das Kind an der Grenze in einen Käfig zu sperren.“ Rein gar nichts sei feministisch an „Frauen aus der herrschenden Klasse“, die Austeritätspolitik und kriegerische Interventionen im Namen der Frauenbefreiung forcieren. Clintons Aufstieg zeige die Kluft zwischen dem Aufstieg von Elitefrauen in hohe Ämter und der Verschlechterung der Lebensumstände der Mehrheit der Menschen. Clintons Niederlage habe die Niederlage des liberalen Feminismus offenbart.

Statt dem Problem des „einen Prozents“, die „gläsernen Decke“ nach ganz oben zu durchstoßen, kämpft der Feminismus der 99% gegen den neoliberalen Ausverkauf des Gesundheitswesens, schlechte Arbeitsbedingungen und die ökologische Zerstörung.

Der Kapitalismus benutzt die Natur als Spülbecken, in das aus einem Hahn Energie und Rohstoffe fließen und die Abfälle entsorgen werden.

Elf feministische Thesen gegen die kapitalistische Krise

Angelehnt an das „Kommunistische Manifest“ und die elf Thesen von Karl Marx über Feuerbach werden in elf feministischen Thesen die Themen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, Abgrenzung gegen neoliberale Vereinnahmung, Sexismus, Umweltgerechtigkeit, Rassismus, gesellschaftliche Reproduktion sowie Gewalt gegen Frauen abgehandelt. Die kapitalistische Krise bietet die Möglichkeit zum gesellschaftlichen Wandel. „In Krisenzeiten entzieht eine kritische Masse an Menschen den geltenden Autoritäten ihre Unterstützung. Indem sie die herkömmliche Politik ablehnen, beginnen sie nach neuen Ideen, Organisationen und Bündnissen Ausschau zu halten.“ Die entscheidende Frage ist, wer den Prozess der gesellschaftlichen Transformation in wessen Interesse anführen wird. Der fortschrittlich daherkommende Neoliberalismus stelle keine Alternative gegenüber dem reaktionären Populismus dar. Genauso wird jeder Opportunismus gegenüber rechts abgelehnt. Den Strömungen in den europäischen Linksparteien, die Positionen der Rechten gegen Einwanderung übernommen hätten, werfen sie vor, „mit dem Feuer zu spielen“.

Das Menschenmachen vor das Plusmachen stellen

Zentrales Ziel des Feminismus für die 99 % ist die Neuordnung des Verhältnisses von Produktion und Reproduktion. Dem Menschenmachen („people making“) und dem Leben der Menschen muss der Vorrang vor dem Plusmachen („profit making“), der profitorientierter Produktion, gegeben werden. Der Kapitalismus stützt sich auf die Haushaltsführung und Erziehung in der Familie. Diese Reproduktionsarbeit macht überhaupt erst den Kapitalismus möglich. Dadurch werden Arbeitskräfte erzeugt und ihre Arbeitskraft aufrechterhalten. Die Sorge um Menschen wird aber nicht als Arbeit definiert, sondern ihre lebenswichtige Bedeutung wird verschleiert. Sie wird geringer geschätzt als die Erwerbsarbeit und trotz aller Veränderungen wird die Hauptlast auch heute noch den Frauen zugeordnet. Das Menschenmachen wird „als ein bloßes Mittel zum Zweck des Plusmachens behandelt.“

Diese Diskussion wird zwar genauso in Deutschland von Feministinnen geführt, allen voran hat die marxistisch-feministische Philosophin Frigga Haug dazu viel veröffentlicht, aber sie ist noch nicht im linken Mainstream angekommen. Die politische Linke bis zu den Grünen verbucht zwar gerne das Attribut „feministisch“ für sich, die Lebenslagen von Frauen bleiben aber weiter etwas „Besonderes“, das in Frauenkapitel des Wahlprogramms abgeschoben wird. Das Parteiprogramm der LINKEN geht beispielsweise vom eher

männlichen Vollzeitbeschäftigten als dem Normalen aus, obwohl längst prekäre, flexible oder Teilzeitarbeitsverhältnisse für viele und die Mehrheit der Frauen die Realität darstellen. Wenn man sich fragt, warum junge gut ausgebildete Frauen, die in eine Welt hineingeboren wurden, in der die rechtliche Gleichstellung von Frauen selbstverständlich ist, sich als Feministinnen sehen, stößt man auf das Thema der nicht gewürdigten Reproduktionsarbeit. Unter dem Label „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ wird den Frauen zwischen 20 und 60

abverlangt, ständig zwischen beidem hin und her zu hetzen, dem Takt der Erwerbsarbeit folgend. **Es wird Zeit, dass eine andere Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit auch in das Narrativ der LINKEN Einzug nimmt.**



Lisa Neher

WIE KÖNNEN WIR DIE LINKE FEMINISTISCHER MACHEN?

DIE LINKE ist eine feministische Partei!

Seit ihrer Gründung ist der Feminismus und das Anliegen Geschlechtergerechtigkeit herzustellen ein fester Bestandteil des Selbstverständnisses und der Praxis der Partei. Auch unsere Landessatzung ist hier ganz eindeutig. Zur Herstellung von Geschlechterdemokratie sieht die Satzung Frauenplenen, quotierte Redelisten, paritätisch besetzte Vorstände, Sprecher*innen, Delegierte und Listen mit mindestens 50 % Frauenanteil vor.



Frauen, die sich einmal für DIE LINKE entschieden haben, bleiben länger bei der LINKEN als Männer.

Die ungleiche Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit, die als eine zentrale Ursache für die Ungleichheit angesehen werden muss, taucht bisher in unserem Programm nicht auf.

Einigkeit bestand darin, dass wir keine Anpassung von Frauen an die bestehenden Strukturen wünschen, sondern eine Veränderung der Strukturen, die sich durch größere Offenheit und Partizipationsmöglichkeiten auszeichnen sollten.

Geschlechterdemokratie in einer patriarchalen Gesellschaft stellt sich aber nicht von alleine ein, sondern ist viel Arbeit. Diese Arbeit müssen wir gemeinsam anpacken, denn von echter Geschlechterdemokratie sind wir auch in unserer eigenen Partei noch ein ganzes Stück entfernt.

Der Frauenanteil beträgt im Landesverband Baden-Württemberg nur ca. 27 %. Der Anspruch mit 27 % Frauen – in einzelnen Kreisverbänden sieht es noch schlimmer aus –

50 % aller Ämter und Kandidaturen zu besetzen, führt dabei schnell zu Überforderungen und Enttäuschungen. Wir müssen uns daher fragen, wie wir mehr Frauen für DIE LINKE gewinnen können. Denn eines ist klar, wir haben sehr viele, sehr gute und aktive Frauen im Landesverband und die Statistiken zeigen, dass Frauen, die sich einmal für DIE LINKE entschieden haben, auch länger bei der LINKEN bleiben.

Wir sind in dem Workshop vier Fragen nachgegangen:

- Wie können wir Frauen* gezielt ansprechen?
- Wie gewinnen wir Frauen für DIE LINKE?
- Welche Strukturen schrecken Frauen ab, sich aktiv in der LINKEN einzubringen?
- Was muss sich ändern?

Es hat sich in der Diskussion gezeigt, dass es viel Redebedarf über diese Fragen und die eigenen Rolle in der Partei gibt und wie wichtig es ist, Räume für einen offenen Austausch zu schaffen.

Wie können wir Frauen* gezielt ansprechen und wie gewinnen wir Frauen für DIE LINKE?

DIE LINKE spricht mit vielen Forderungen die spezifischen Lebenslagen von Frauen bereits an. Durch die Pflegekampagne hat sie viele neue weibliche Mitglieder gewonnen. Auch die Themen gebührenfreie Kitas, eine Erhöhung des Mindestlohns, ticketfreier Nahverkehr, ein Mietendeckel und das Parité-Gesetz sind Themen, die Frauen besonders ansprechen. Denn Frauen arbeiten häufiger prekär, in Teilzeit und zum Mindestlohn. Wahlkampfpodien etc. sollten entsprechend auch weiblicher besetzt werden. In Baden-Württemberg steht es um Geschlechtergleichheit noch schlechter als in den meisten anderen Bundesländern. Der Gender Pay Gap beträgt hier 27 %. Daraus ergibt sich auch, dass Frauen ein höheres Risiko haben, in Altersarmut zu geraten. Die Rente von Frauen ist durchschnittlich um 53% geringer als von Männern. Dafür leisten Frauen aber 1,5 mal so viel unbezahlte Fürsorge- und Pflegearbeit als Männer. Dazu kommt, dass Frauen in der Politik unterdurchschnittlich repräsentiert sind: Der Frauenanteil im Landtag beträgt gerade einmal 26,6 %, obwohl Frauen mehr als die Hälfte der Bevölkerung in

Baden-Württemberg ausmachen! Wir haben darüber diskutiert, dass unsere Forderungen nicht weit genug reichen: DIE LINKE hat ihre Stärken im Kampf gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Die ungleiche Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit, die, wie im aktuellen Ungleichheitsbericht von Oxfam herausgestellt, als eine zentrale Ursache für soziale Ungleichheit angesehen werden muss, taucht in unserem Programm allerdings nicht auf. Wir müssen daher in Diskussion darüber bleiben, wie wir die Forderung nach eine gleichen Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit politisch ausbuchstabieren können.



Welche Strukturen schrecken Frauen ab, sich aktiv in der LINKEN einzubringen und wie ändern wir diese Strukturen?

Unsere Diskussion drehte sich aber auch um die Frage, inwiefern unsere Strukturen ein Hindernis darstellen, interessierte Frauen für die Parteilarbeit zu gewinnen. Wir stellen immer wieder fest, dass Neumitglieder am Anfang sehr motiviert sind und dann nicht mehr zu Treffen kommen, das trifft für Frauen, aber auch für Männer zu. Wir müssen daher Formate finden, die Aktivität fördern und auch Mitgliedern, die Möglichkeit zur Mitgestaltung in der Partei geben, die bspw. keine Posten anstreben und Konkurrenz darum abschreckend finden. Eine lebhaft Diskussion gab es auch um die Frage nach einem Frauen-Mentoring-Programm auf Landesebene und Frauenstrukturen:

Einigkeit bestand darin, dass wir keine Anpassung von Frauen an die bestehenden Strukturen wünschen, sondern eine Veränderung der Strukturen, die sich durch größere Offenheit und Partizipationsmöglichkeiten auszeichnen sollten. Wir haben dabei in verschiedenen Wortbeiträgen immer wieder festgestellt, dass es vor allem ein Informations- und Transparenzproblem gibt: Es ist häufig nicht klar, welche Aufgaben anfallen, wer dafür zuständig ist und welche

Gestaltungs- und Mitmachmöglichkeiten es gibt. Wir haben auch über unsere Erfahrungen mit einer doppelt-quotierten Redeliste gesprochen:

Dabei stellte sich heraus, dass diese nicht überall praktiziert wird und es noch großen Aufklärungsbedarf gibt, wie eine doppelt-quotierte Redeliste umgesetzt wird. Ein wichtiges Diskussionsergebnis ist daher das zentrale Anliegen nach Moderationsschulungen für Orts- und Kreisvorstände, damit eine andere und diskriminierungsfreie Diskussionskultur vor Ort gelebt werden kann. Ein weiterer

Diskussionspunkt drehte sich um die Frage, nach einer zeitlichen Begrenzung von Ämtern und Posten, die grundsätzlich begrüßt wurde. Eine Genossin aus der Schweiz motivierte uns schließlich auch ganz neue Wege zu denken und mit Doppelkandidaturen bei Wahlen die Isolation des parlamentarischen Betriebs zu durchbrechen und mit einer positiven Utopie für eine soziale und feministische Zukunft in den Wahlkampf zu gehen!



Sahra Mirow

PODIUMSGESPRÄCH: WENN WIR STREIKEN, STEHT DIE WELT STILL - FRAUEN*STREIK GESTERN UND HEUTE

In Spanien nahmen 2018 über fünf Millionen Menschen am Frauenstreik teil. Ein Jahr später trat die Schweiz in den feministischen Ausstand. In Deutschland gibt es seit über einem Jahr eine Frauenstreikbewegung, die gegen neoliberale und rechte Angriffe auf Frauenrechte auf die Straße geht und dem 8. März ein neues politisches Gewicht verleiht. Die Frauenstreikbewegung setzt ein klares Zeichen: Frauen arbeiten – überall, ob bezahlt oder unbezahlt, doch ihre Arbeit zählt nicht so viel wie die der Männer und bleibt oft unsichtbar.

Unser abendliches Podiumsgespräch bei der Landesfrauen*konferenz drehte sich rund um das Thema Frauen*streik in Deutschland und international. Dazu durften wir ein spannend besetztes Podium begrüßen:

- ▶ **SYBILLE STAMM**, ehemalige Landesbezirksleiterin ver. di Baden-Württemberg, gab Einblicke in den Frauen*streik von 1994, bei dem Frauen* mit kreativen Aktionen auf die Straße gingen,
- ▶ **KERSTIN WOLTER** vom Berliner Bündnis, das den Frauen*streik 2019 wiederbelebt hat,
- ▶ **FRANZISKA STIER**, Mitinitiatorin des Schweizer Frauenstreiks am 14. Juni 2019, bei dem Hunderttausende von Menschen auf die Straße gingen,
- ▶ **LISA NEHER** vom Stuttgarter Bündnis gab uns einen Überblick über die künftigen Pläne.

Während der Diskussion wurde uns eines immer wieder bewusst: wie wichtig es ist, Erfahrungen der Frauen*bewegung und das gemeinsam Erlebte in die Gegenwart zu transportieren. Das kollektive Lernen ist eine wichtige Voraussetzung für die künftige Handlungsfähigkeit. Also knüpfen wir an den Erfahrungen der Frauen* vor uns an, um unsere aktuellen Kämpfe für eine feministische Gesellschaft von morgen zu gestalten. Ich möchte allen Teilnehmerinnen für dieses Podiumsgespräch danken, das bei mir einen tiefen Eindruck hinterlassen hat. Es hat mein Verständnis von der Notwendigkeit einer eigenen Geschichtsübermittlung in der Frauen*bewegung und unserer gemeinsamen Handlungsmacht geschärft. Gemeinsam lernen und gemeinsam kämpfen – das bedeutet der Frauen*streik.



Mehr Befreiung wagen

DIE LINKE auf die Höhe ihrer Möglichkeiten bringen

Autor*innenkollektiv: Alex Wischnewski, Alexandra Grimm, Alexandra Mehdi, Anne Steckner, Annegret Gabelin, Annette Frölich, Barbara Fried, Bettina Gutperl, Brigitta Meyer, Cornelia Swillus-Knöchel, Daniela Mehler-Würzbach, Daphne Weber, Franziska Stier, Gabi Lenkenhoff, Heide Hepach, Heidi Scharf, Hildegard Heinemann, Inge Höger, Kerstin Wolter, Lisa Neher, Nina Eumann, Regina Jürgens, Sabine Skubsch, Sybille Stamm

Weltweit gehen Frauen und queere Menschen¹ auf die Straßen: Sie wehren sich gegen staatliche oder sexuelle Gewalt, streiken für bessere Arbeitsbedingungen, machen sich stark für selbstbestimmte Sexualität. Feministische Mobilisierungen sind das prägende Gesicht der erstarkenden Proteste gegen den neoliberalen Autoritarismus und seine Handlanger. In zahlreichen Ländern – ob in Chile, Polen, Spanien, Indien oder dem Sudan – bringen sie ganze Gesellschaften in Bewegung. Das Momentum ist ein feministisches, die darin liegende Chance unübersehbar. Wie kann die LINKE diese vielversprechenden Entwicklungen mit voranbringen, Teil der gebündelten Kräfte sein, gerade auch hierzulande?

Frauen² machen die Hälfte der Wähler*innen³ der LINKEN aus, aber nur knapp ein Viertel der Parteiaktiven. Der Frauenanteil der Mitglieder sinkt. Demgegenüber zeigen die Wahlergebnisse 2019, dass besonders Frauen und queere Menschen von Mitte-links-Parteien angesprochen werden⁴. Bereits 2017 legte die LINKE bei der Bundestagswahl im Vergleich zu 2013 nur bei den Frauen zu. Im Osten wird sie häufiger von Frauen gewählt als von Männern. Das zeigte zuletzt die Wahl in Thüringen. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Und trotzdem gibt es bisher keine Strategie, wie wir noch mehr Arbeiterinnen, Mütter, Freiberuflerinnen oder Migrantinnen für die LINKE und linke Politik gewinnen und nachhaltig in unsere politische Praxis einbeziehen können.⁵ Sind wir als linke Partei ernst zu nehmen, wenn wir zwar lautstark demonstrieren, aber nicht darauf achten, wer auf unseren Demonstrationen spricht und über wen gesprochen wird, wer schweigt oder wer gänzlich fehlt?

FEMINISMUS IST KEINE KOMPLIZIN

Die Proteste der vergangenen Jahre haben gezeigt: Linker Feminismus ist keine Komplizin neoliberaler *Diversity* Konzepte, kein Lifestyle- oder Luxusthema. Wir wissen und erfahren täglich: Geschlecht strukturiert die Klassenverhältnisse und die gesellschaftliche Arbeitsteilung.⁶ Was heißt das? Dass Alleinerziehende (meist Mütter) besonders oft von Armut betroffen sind; dass Frauen im Schnitt nicht nur häufiger, sondern viel länger Elternzeit nehmen als Männer und danach meist in Teilzeit zurückkehren, was nicht nur weniger Lohn, sondern später oft auch niedrige Rentenansprüche bedeutet; dass illegalisierte oder

einkommensarme Frauen sich schlechter gegen sexuelle Übergriffe wehren können als hoch gebildete, wohlhabende oder einflussreiche Frauen; dass viele „typisch weibliche“ Berufe gering entlohnt werden und Verträge oft nur mit niedrigen Stundenzahlen vergeben werden; dass Transfrauen häufig besonders prekär arbeiten müssen - sofern sie überhaupt einen Job kriegen. All das zeigt, dass Geschlecht und Klasse verschränkt sind. Dass Mieter*innen mit ausländisch klingenden Namen auf dem Wohnungsmarkt schlechtere Karten haben oder auf Jobsuche in Bewerbungsverfahren häufiger diskriminiert werden, zeigt, wie auch Herkunft oder Hautfarbe die Klassenzugehörigkeit bestimmt.

DIE LINKE ist daher gut beraten, die Bedürfnisse, Kämpfe, Träume und Alltagsorgen von für linke Politik offenen Frauen und queeren Menschen ernst zu nehmen und in eine politische Strategie zu übersetzen. Wenn sie das nicht tut, blendet sie erstens den Zusammenhang von herrschender Geschlechterordnung und ökonomischem System aus. Zweitens bleibt sie hinter ihrem Anspruch, für die Befreiung von *allen* Herrschaftsverhältnissen einzustehen, zurück. Und drittens ignoriert sie das brachliegende Potential in Wählerschaft und Bewegung. Kurz gesagt: DIE LINKE bleibt unter ihren Möglichkeiten. Daher muss gelten: Die LINKE ist feministisch oder sie kann und wird nicht sein.

Die dafür notwendigen Veränderungen betreffen mehrere Ebenen: Struktur, politische Kultur und Programmatik der Partei.

STRUKTUREN VERÄNDERN

Mütter haben viel zu tun, Väter auch. Wenn sie sich über ihr Tagespensum hinaus politisch einmischen wollen, sind sie auf Unterstützung, klare Absprachen und verlässliche Zeiten angewiesen. Sitzungen dürfen nicht nur abends stattfinden, und Kinderbetreuung ist kein extra einzufordernder „Service“, sondern muss selbstverständlich sein — auf allen Veranstaltungen der Partei, nicht nur auf Parteitag (und selbst da haben manche Landesverbände Nachholbedarf).

Abschreckend für viele Frauen und queere Menschen (auch Männer) ist die Konkurrenz um Mandate, Parteiposten und sonstige „Pfründe“. Dies findet nicht nur medienwirksam in oder zwischen Fraktion und Parteivorstand statt, sondern spiegelt sich auch in den Landes- und Kreisverbänden wider. Wer ein Amt oder Mandat innehat, bleibt nicht selten daran kleben. So entstehen eingetretene Pfade, unhinterfragte Machtpositionen und lieb gewonnene Rituale. Einer linken Partei stünde gut zu Gesicht, ihre Ämter und Mandate endlich auf maximal zehn Jahre zu begrenzen⁷.

Gleichzeitig sollen viele Frauen und queere Menschen⁸, kaum angekommen in der Partei, gleich für Ämter oder Mandate kandidieren. Das kann ermunternd sein, aber auch Überforderung bedeuten. Die Ausbildung derer, die bei uns eintreten braucht Zeit. Wir sollten sie uns nehmen. Wenn man Zeit hatte die Partei und linke Debatten und Theorie kennenzulernen, kann man Ämter und Mandate meist auch besser ausführen. Die Lösung

des Missstandes, dass weniger Frauen als Männer Ämter in der Partei innehaben, liegt auch in den tatsächlichen Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen in der LINKEN, zum Beispiel in offeneren Arbeits- und Projektgruppen, statt alle Entscheidungen nur in den Vorständen zu treffen. Und diese Entfaltungsmöglichkeiten sind auch abhängig von einer besseren politischen Kultur.

POLITISCHE KULTUR VERBESSERN, KULTUR DER ANERKENNUNG PRAKTIZIEREN

Wir Menschen definieren uns über Akzeptanz und Anerkennung durch Andere. Der Wunsch nach einem solidarischen Umgang miteinander ist kein Anspruch einer vermeintlich privilegierten Mittelklasse, er ist Bedingung für jedes emanzipatorische Unterfangen. Was macht es uns schwer?

Nicht wenige Frauen und queere Menschen schildern hinter vorgehaltener Hand, sie trauten sich zuweilen nicht, andere zum Engagement in der LINKEN zu ermutigen — aus Sorge, diese tauchten dann tatsächlich auf einer Sitzung auf und wären sofort abgeschreckt. Wer hat schon Lust und Energie, sich nach einem langen Tag, an dem man sich mit dem Chef rumgeärgert hat oder das Kind besonders anstrengend war, noch in eine Sitzung einzubringen, in der stundenlang wiederholt, kommentiert, in Konkurrenz oder rein formalistisch debattiert wird? Kaum eine Frau oder eine queere Person, sicherlich auch viele Männer nicht.

Vielorts hinkt die gelebte Praxis - insbesondere an der Basis der Partei - unseren eigenen Festlegungen (wie doppelt quotierte Redelisten oder gemischt besetzte Gremien und Listenaufstellungen) hinterher. Aber es geht um mehr als das: In Fragen der Parteikultur müssen wir alle die Komfortzone verlassen, gewohntes Verhalten und Denken hinterfragen. Für die einen heißt das, sich in Zurückhaltung und Zuhören zu üben, für die anderen, über den eigenen Schatten zu springen und das Wort zu ergreifen. Wer häufig spricht und wer häufig schweigt, lässt sich nicht allein am Geschlecht festmachen. Diese Dynamiken entstehen auch entlang von Alter, Erfahrung und soziokultureller Prägung. Ein wertschätzendes Umfeld lässt gemeinsame Veränderung gedeihen. Bisher kommen solche Bemühungen eher mühsam voran. Sie werden als „Befindlichkeitskram“ abgetan, die innerparteilichen Widerstände sind mancherorts groß.

Die LINKE muss zu einer Partei werden, in der alle Frauen und queere Menschen sich willkommen fühlen, in der es keine sexistische Bevorzugung oder Bevormundung junger Frauen gibt, kein Unsichtbarmachen von queeren Menschen oder älterer Frauen. Eine Partei, in der sexistisches Verhalten nicht toleriert wird und wir alle gemeinsam dafür Verantwortung übernehmen. Der begonnene Prozess, verbindliche Standards zum Umgang mit Sexismus zu entwickeln, ist so begrüßenswert wie überfällig.

Gleichberechtigung heißt nicht, dass Frauen und Queers wie Männer werden müssen,

sondern dass sie sich dort einbringen und entfalten können, wo sie Lust haben — und zwar so viel sie können und wollen. So kann die LINKE zum Brutkasten für gemeinsame Veränderung werden.

Wir laden alle Genossen ein, sich kritisch mit anderen Männern über ihre Vorstellungen von Solidarität, Männlichkeit, Geschlecht und Gewalt auszutauschen. Wir möchten euch bestärken, miteinander auch über eure Wünsche und Gefühle zu sprechen, euch ermutigen, euch mit Feminismus und sorgenden Praxen auseinanderzusetzen. Das sind Überlebensfragen für uns, wie auch für unsere politische Organisation.

Unser Wunsch nach Verbesserung der politischen Kultur richtet sich aber nicht bloß in die Partei hinein. Ein bewusster Umgang mit Macht, Hierarchie und Konkurrenz zielt auch auf eine Wirkung nach außen. Will DIE LINKE für die progressiven Kräfte in der Gesellschaft ein attraktiver Ort sein, werden oder bleiben, muss sie sich auch mit der Politikform „Partei“ selbstkritisch auseinandersetzen, konkret mit ihrer Rolle im parlamentarischen Betrieb und dessen Fallstricke. Die Partei ist sowohl Teil des vermachteten Staatsapparats als auch Teil breiter zivilgesellschaftlicher Bündnisse von unten. Diese Auseinandersetzung ist notwendige Voraussetzung für die Bewältigung der teils widersprüchlichen politischen Herausforderungen an eine linke Partei, die mehrere Logiken unter einen Hut kriegen muss: Macht ausüben, Macht kritisieren und Macht überwinden; eine Partei, die organisieren, verbinden, zum Selbsttun ermutigen und sich kümmern will. Wir müssen lernen, uns dieser Widersprüche bewusst zu werden und sie produktiv zur Veränderung zu nutzen. Lasst uns Orte schaffen, an denen wir uns mit Machtstrukturen, politischer Kultur und damit verbundenen Herausforderungen befassen, statt alle Treffen der Organisation von Wahlkämpfen oder Aktionismus unterzuordnen.

PROGRAMMATISCHE AUSRICHTUNG NEU JUSTIEREN

Die Forderungen nach „radikaler Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich“⁹ und einem „Neuen Normalarbeitsverhältnis“ gehen in die richtige Richtung. Aber die dazugehörige Debatte ist noch nicht in der Breite der Partei angekommen. Das derzeitige Programm orientiert sich noch immer eher am männlichen Vollzeit-Beschäftigten, obwohl prekäre, flexible oder Teilzeitarbeitsverhältnisse längst für die Mehrheit der Frauen und queere Menschen die Realität darstellen.

Entweder, weil sie der Mehrfachanforderung durch Erwerb, Haushalt und Kinder oder betreuungs- bzw. pflegebedürftige Angehörige gerecht werden — oder weil auf dem Arbeitsmarkt für sie nur einer der vielen prekären Teilzeitjobs vorgesehen ist. Erzwungene Teilzeit ist oft ein Geldproblem, während freiwillige Teilzeit nicht selten belächelt wird.

Eine nur von der Erwerbsarbeit hergedachte Ökonomie sitzt dem Märchen der „Vereinbarkeit“ auf. So wichtig kinderfreundliche Arbeitsbedingungen oder die Eindämmung ausufernder beruflicher Anforderungen sind, so sehr hat die Debatte um Vereinbarkeit von Familie und Beruf doch einen blinden Fleck: Sie reproduziert die Zweiteilung von Beruf und Familie,

von politisch und privat, von Arbeit und Leben. Dabei sind Produktion und Reproduktion – besser: Produktion des Lebens – aufs Engste miteinander verbunden. Anstatt in getrennten Sphären zu denken und statt Familie ums Goldene Kalb des Erwerbs herum zu organisieren, sollten wir die fürsorgenden, Leben produzierenden und erhaltenden Arbeiten als Grundlage aller produktiven und kreativen Tätigkeit einer Gesellschaft begreifen. Erwerbs- und Reproduktionsarbeit müssen nicht „vereinbart“, sondern beide müssen verändert und umverteilt werden¹⁰.

WAS BRAUCHEN WIR, UM GLÜCKLICH UND SOLIDARISCH ZU LEBEN?

Feministische Ökonomie ist Versorgungsökonomie. Das heißt, sie setzt die Qualität sozialer Beziehungen ins Zentrum ihrer Betrachtungen: Kinder großziehen, Alte und Kranke pflegen, Zeit für Freunde und Familie, für ein tröstendes Wort, für individuelle Kreativität und gesellschaftliches Engagement, für Anerkennung, Muße, Spiel und Studium, für Begehren, für Sex. Hier liegt der Ausgangspunkt jeglicher Bedürfnisanalyse: Was brauchen wir, um glücklich und solidarisch zu leben? Dann lässt sich auch präziser die Frage stellen, worauf wir in Zukunft getrost verzichten, an welchen Stellen wir unsere Produktions-, Konsum- und Lebensweise verändern können und müssen. Feministische Ökonomie ist durch den Fokus und die Konsequenzen ihrer Analyse notwendig eine nachhaltige Ökonomie. Überspitzt gesagt: Kuscheln hat eine weitaus bessere CO2-Bilanz als Kaufen und ist in jeder Hinsicht nachhaltiger.

Zeit für gute Beziehungen und ein selbstbestimmtes Leben muss dem Kapital abgetrotzt werden, deswegen sind die Kämpfe der Arbeiter*innenklasse in der Erwerbswelt so wichtig. Höchste Zeit sie in ein größeres Projekt einzubetten: In das Streben nach einer Gesellschaft, in der die „Arbeit am Menschen“ und kreative Tätigkeiten genauso im Mittelpunkt stehen wie die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Eine Gesellschaft, deren Ökonomie sich an den gemeinsam ermittelten Bedürfnissen orientiert, nicht an Wachstum und Profit. Eine Gesellschaft, in der Kinder, Alte und Kranke nicht wegorganisiert werden müssen. Eine Gesellschaft, in der alle an politischen Entscheidungen beteiligt sind. Eine Gesellschaft, die neue Ideen von Reichtum und Wohlstand entwickelt, denn die Klimakrise erfordert sehr schnelle und sehr fundamentale Veränderungen.

Eine solche Erzählung ist kein Wolkenkuckucksheim, wenn sie sich in konkreten Forderungen bündelt: Warum schenken wir beispielsweise der prekären Situation der Hebammen nicht mehr politische Aufmerksamkeit? Über ihre teils unzumutbaren Arbeitsbedingungen und finanziellen Belastungen ließe sich direkt an alltagsnahe Themen anknüpfen, die große Teile der Bevölkerung betreffen und umtreiben: Familiengründung, Schwangerschaft, schließungsbedrohte Geburtstationen, Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen, sichere, selbstbestimmte und gewaltfreie Entbindung, Versorgung in den ersten Wochen, Finanzen und Arbeitsteilung in der Elternzeit, Rollenerwartungen an Väter und Mütter,

queere und Wahlelternschaft, Rechte von Patchwork- und Regenbogenfamilien.

Und wie wäre es, das Wahlprogramm der LINKEN mal nicht mit den üblichen Kapiteln „Arbeit“ und „Soziales“ zu beginnen? Sondern mit einer positiven Erzählung darüber, wie alles ganz anders wäre, wie das Morgen aussehen könnte, wie eine Gesellschaft der Zukunft sich gestalten ließe. Wenn wir all die uneingelösten Versprechen, die unterdrückten Sehnsüchte, die kreativen Potenziale aufgriffen und ausbuchstabierten? Statt von der Erwerbsarbeit ausgehend zu überlegen, wie diese zum Leben passt, schlagen wir vor, von der Frage auszugehen, wie wir leben wollen, und daraus abzuleiten, wie wir folglich produzieren und arbeiten müssen und welche Arbeiten wir brauchen.

EPILOG: BEFREIUNG GEHT UNS ALLE AN

Frauen und Queers sind nicht die besseren Menschen. Aber sie haben besonders viele Gründe, dass es anders wird, besser. Auch Männer leiden unter Kapitalismus und Patriarchat. Unser Strategievorschlag richtet sich an alle: Männer wie Frauen, und an alle, die sich diesem binären Schema nicht zuordnen wollen oder können. An alle, die unsere Gesellschaft grundlegend umkrepeln, den reaktionären Avancen des Neoliberalismus und der radikalen Rechten etwas Attraktives entgegensetzen und die LINKE darin auf einem guten Weg sehen wollen. Feminismus ist kein „Frauengedöns“. Befreiung geht uns alle an. Die Sorge darum, wie diese Partei zum Anziehungspunkt für die Vielen wird, die unter den jetzigen Verhältnissen unzufrieden sind, erfordert radikale Antworten – in der Theorie und vor allem in der Praxis. Es geht hier um den Wesenskern einer zukunftsfähigen, linken Politik. Kopfnicken reicht nicht.

(Endnotes)

1 Hier Sammelbezeichnung für alle Personen, die in das FLINT-Spektrum fallen – also Frauen, Lesben, Inter-, Nichtbinäre und Trans-Personen.

2 Wir schreiben z.B. an dieser Stelle nur von Frauen, weil in der Statistik nur cis-Frauen erfasst werden. Seit Ende 2018 gibt es in der Bundesrepublik die Möglichkeit bei Geschlecht jenseits von männlich oder weiblich eine dritte Option anzugeben, nämlich divers. „Cis“ meint dabei Frauen, die sich mit dem bei ihrer Geburt zugewiesenen biologischem Geschlecht identifizieren und wohlfühlen.

3 Wir verwenden in manchen Wörtern ein Sternchen, um darauf hinzuweisen, dass damit ein Spektrum vielfältiger Geschlechtsidentitäten, Lebensweisen, Körperlichkeiten und Selbstverortungen gemeint sein kann.

4 Gemäß der Studie von Dorothee de Nève et al., in: *Femina Politica* 1/2018 (S. 151) gewann die LINKE bei der Bundestagswahl 2017 z.B. unter Transfrauen 40 Prozent der Stimmen.

5 <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1129227.feminismus-dem-kleinen-mann-ist-mehr-zumutbar.html>

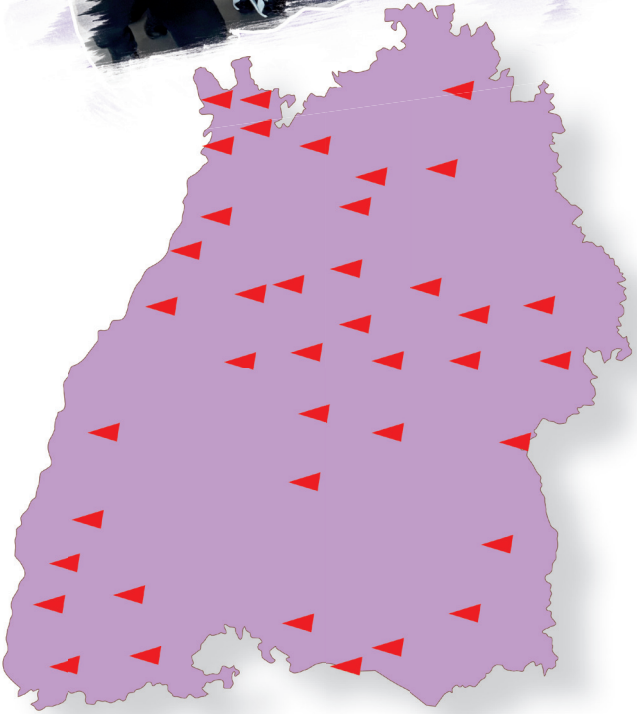
6 <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/feminism-is-for-everyone-perspektiven-einer-feministischen-klassenpolitik/>

7 Zehn Jahre bietet sich an, weil die Legislaturen auf Landes- und Europaebene fünf Jahre betragen. Zehn Jahre wären dann also zwei Legislaturen. Die einfache Begrenzung auf zwei Legislaturen würde den Realitäten auf Kreis- und Landesebene insofern zuwiderlaufen, als Ehrenämter häufig nicht alle vier Jahre komplett neu besetzt werden können.

8 Junge Männer machen diese Erfahrung übrigens auch.

9 <https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/das-klima-nicht-den-kapitalismus-retten/>

10 <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/familie-von-links-erobern/>



Impressum

Herausgeber: LAG Frauen, DIE LINKE. Baden Württemberg

Redaktion: Sabine Skubsch

V.i.S.d.P.: Sahra Mirow, DIE LINKE Baden-Württemberg,

Falkertstr. 58, 70176 Stuttgart,

info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de

